

waren.
Liste 7

he Partei
Stuttgart
ariatsvereins

s. Mts.,
Calw

gs Volk
f

mann freundlich
er Ausschuß.

den-
reis-
aren
dies
n im
"be-

ich
Freunde und
den 23. April
en Faß" in

ier

cker
Bab Feinach

hollwanger

ing

Beachtung;
Geschäfts-

nen

sich bitte an

chriften- und
erer vorzüg-

len Einrich-

Drucksachen
ustellen, die

n entspricht.

rei

nsprecher 9
derstraße 23

Erscheinungsweise:
Täglich mit Ausnahme
der Sonn- und Festtage

Anzeigenpreis:
a) in Anzeigenteil:
die Seite 20 Goldpfennige
b) im Reklameteil:
die Seite 65 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen
kommen 50% Zuschlag

Für Platzvorschriften
kann keine Gewähr
übernommen werden

Gerichtsstand
für beide Teile ist Calw



Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw

Bezugspreis:
In der Stadt 40 Goldpfennige
mehrentlich mit Trägerlohn
Post-Bezugspreis 40 Gold-
pfennige ohne Bestellgeld

**Schluß der Anzeigen-
annahme 8 Uhr vormittags**

In Fällen höherer Gewalt
besteht kein Anspruch auf Lieferung
der Zeitung oder auf Rückzahlung
des Bezugspreises

Fernsprecher Nr. 9

Verantwortl. Schriftleitung:
Friedrich Hans Scheele
Druck und Verlag
der A. Oelschläger'schen
Buchdruckerei

Nr. 93

Freitag, den 22. April 1932

Jahrgang 105

Ein neuer amerikanischer Abrüstungsvorschlag Macdonald und Tardieu bei Stimson — Amerika besteht auf seinen Schuldorderungen

21. Genf, 21. April. Wie in unterrichteten Kreisen ver-
lautet, hat der amerikanische Staatssekretär Stimson in sei-
ner Unterredung mit Macdonald und Tardieu am Donner-
stag vormittag einen neuen amerikanischen Ab-
rüstungs-vorschlag vorgelegt, der einen bis in alle
Einzelheiten ausgearbeiteten Plan der qualitativen und
quantitativen Abrüstung unter Berücksichtigung des Sicher-
heitsproblems darstellt. Dieser amerikanische Vorschlag, der
auf den Bestimmungen des Kelloggpaktes aufgebaut sein soll,
wird zunächst noch von allen Seiten streng vertraulich be-
handelt.

Von Seiten der amerikanischen Abordnung werden jetzt
Mitteilungen über eine Erklärung gemacht, die Staatssekre-
tär Stimson in seiner Unterredung mit Macdonald und
Tardieu abgegeben hat. Stimson habe zunächst betont, er
sei nach Genf gekommen, um den europäischen Staaten zu
helfen, eine Lösung für alle zur Verhandlung stehenden in-
ternationalen Probleme zu finden. Die öffentliche Meinung
in den Vereinigten Staaten sei gegenüber Europa außer-
ordentlich skeptisch. Die Auffassung sei vorherrschend, daß
die europäischen Staaten in den großen internationalen
Fragen, vor allem dem Reparations- und Schuldenproblem,
nicht mehr mit der wünschenswerten Ehrlich-
keit handelten. Eine Zusammenarbeit der Vereinigten
Staaten mit Europa sei nur gegen den Preis voller Ehrlich-
keit in allen diesen Fragen zu haben.

Staatssekretär Stimson legte sodann Tardieu und Mac-
donald den neuen amerikanischen Abrüstungsplan dar, der
auf dem Verfahren der qualitativen Herabsetzung der Rüs-
tungen aufgebaut ist und in dem Deutschland als Muster
für die Herabsetzung der Rüstungen hingestellt
wird. Der amerikanische Vorschlag geht davon aus, daß in
Zukunft die Staaten nur über Armeen verfügen dürften, die
entsprechend dem deutschen Beispiel der Verteidigung der
Grenzen und der Ordnung im Innern dienen. Nach den
amerikanischen Plänen würde Frankreich über eine Armee
von ungefähr 380 000 Mann verfügen dürfen. Alle Länder
sollen auf der Abrüstungskonferenz den Stand ihrer Rüs-
tungen begründen. Jedoch dürften künftig die Sicherheitslage
eines jeden Landes und die geographischen Bedingungen
lediglich unter dem Gesichtspunkt der Verteidigung und der
Aufrechterhaltung der inneren Ordnung für den Rüstungs-
stand maßgebend sein.

Der amerikanische Abrüstungsvorschlag ist von seinen Ur-
hebern zunächst nur als eine allgemeine Anregung
gedacht, nicht als ein feststehender Plan. Stimson hat in der
eingangs genannten Unterredung sodann betont, daß die
öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten die Lage
der einzelnen europäischen Staaten sehr wohl kenne und die
Sicherheitsbedürfnisse der einzelnen Länder durchaus be-
rücksichtige. Stimson hat dann weiter angedeutet, daß die
amerikanische Regierung für den Fall greifbarer Ergebnisse
der Abrüstungskonferenz es nicht ablehnen würde, am Schluß
der Konferenz eine Erklärung abzugeben, nach der sie für
den Fall eines europäischen Krieges dem angreifenden Staate
weder direkt noch indirekt in irgend einer Weise Hilfe lei-
sten würde.

Amerika mahnt seine Schuldner

Washington, 22. April. Das amerikanische Staats-
departement hat Ende des letzten und Anfang dieses Monats
an 14 Schuldnerländer Schuldscheine im Gesamtbetrag von
246 Millionen Dollar, die durch das Hoover-Jahr gestundet
worden waren, zur Unterschrift überandt. Der gestundete
Jahresbetrag soll innerhalb von 10 Jahren, beginnend mit
Juli 1933, bei einem Zinsfuß von 4 v. H. zurückgezahlt wer-
den. Diesbezügliche Noten gingen an Belgien, Tschechoslo-
wakei, Estland, Finnland, Frankreich, England, Ungarn,
Italien, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Südslawien
und Deutschland.

Doch Verzichtung der Kriegsschulden mit den Reparationen
Staatssekretär Stimson hat dem Staatsdepartement auf
Grund seiner Genfer Besprechungen offiziell mitgeteilt, daß
kein Land Europas vor der Lausanner Kon-
ferenz Schulden bezahlen werde. Stimson er-
klärte offen, daß die Länder ihre Kriegsschuldenszahlungen
von den Zahlungen Deutschlands abhängig
machen und entgegen dem Protest Amerikas, die Reparation-
en mit der Kriegsschuldenfrage verknüpfen. Von hohen Be-
amten des Staatsdepartements wird zwar darauf hingewie-
sen, daß nach Beginn der Lausanner Konferenz weitere Ver-
handlungen stattfinden würden, aber gleichzeitig betont, daß
die amerikanische Regierung, gestützt auf die Unterschriften
der Schuldnerländer, auch weiterhin auf Einhaltung der
bestehenden Zahlungsverpflichtungen drängen werde.

Erste Aussprache zwischen Brüning und Tardieu Die Genfer Staatsmänner-Besprechungen häufen sich — Frankreichs Kampf gegen die Abrüstung

21. Genf, 22. April. Der französische Ministerpräsident
Tardieu stattete Donnerstag nachmittag dem Reichskanz-
ler Brüning im Hotel Metropole einen Besuch ab. Vorher
empfang der Kanzler den belgischen Außenminister Sym-
mans. Der englische Ministerpräsident Macdonald hat sich
zu heute vormittag beim Kanzler angelassen. Tardieu emp-
fing Donnerstag nachmittag Macdonald sowie die Vertreter
Rumaniens, Südslawiens und der Tschechoslowakei.

Über die einstündige Unterredung zwischen Brüning
und Tardieu, an der Staatssekretär v. Bülow nicht teil-
nahm, wird ebensowenig wie über die gesamten bisherigen
Besprechungen des Kanzlers die genaueste Mitteilung ge-
macht. Die Besprechungen werden heute unter Einwirkung
Bülow's fortgesetzt werden.

In Washingtoner amtlichen Kreisen wird jetzt erstmalig
zugabe, daß Staatssekretär Stimson außer der Ab-
rüstungsfrage in Genf auch andere Probleme besprechen
wird. Unterstaatssekretär Castle erklärte, Stimson sei
zwar hauptsächlich zur Besprechung der Abrüstungsfrage
nach Genf gefahren, aber angesichts der Finanz- und Wirt-
schaftslage in der ganzen Welt sei es unumgänglich, daß die
in Genf anwesenden Staatsmänner auch die Kriegs-
schulden- und Reparationsfrage besprechen. Er
betonte jedoch, daß die Besprechungen lediglich unverbind-
lichen und informativischen Charakter hätten.

Um die Abschaffung der Angriffswaffen

Im Hauptauschuß der Abrüstungskonferenz wurde die
durch den neuen Vorschlag der englischen Regierung einge-
leitete große Aussprache über die qualitative Ab-
rüstung fortgesetzt. Die Vertreter von Kanada und Nor-
wegen sprachen sich einig für die Vorschläge der eng-
lischen Regierung aus. Unter großer Aufmerksamkeit setzte
sodann Paul Boncour den Standpunkt der französi-
schen Regierung zu dem englischen Vorschlag auseinander.
Wie zu erwarten, erklärte er, daß die französische Delegation

sich gezwungen sehe, den in der letzten Sitzung gemachten
englischen Vorschlag in seiner jetzigen Form abzuleh-
nen. Sie sehe sich nicht aus dem Grunde dazu veranlaßt,
weil das in ihm ausgesprochene Prinzip den Anschauungen
der französischen Vertreter widerspricht, sondern weil, wie
aus dem französischen Vorschlag hervorgehe, Frankreich diese
in das Gebiet der qualitativen Abrüstung gehörenden Waf-
fen einer internationalen Macht unterstellen
wolle. Erst die von der französischen Delegation empfohlene
internationale Polizeimacht könne der Welt die internatio-
nale Sicherheit geben, dazu sei aber noch eine Rolle
der jetzt empfohlenen Abrüstungsmaßnahmen notwendig.

Als nächster Redner betrat der amerikanische Delegierte
Stimson die Tribüne. Er verwahrte sich gegen die bezüg-
lich des amerikanischen Vorschlags von fran-
zösischer Seite geübte Kritik und erklärte, im Sinne der
amerikanischen Delegation sei der Vorschlag als Teil der Ab-
rüstung aufgelöst worden. Schließlich sprach er sich für die
Unterstützung des englischen Vorschlags aus,
der klar die Ansichten vieler Delegationen zum Ausdruck
bringe. Auf den Hinweis des schweizerischen Delegierten
Motta, man müsse bei der Abstimmung über den Ent-
schließungsvorschlag unter allen Umständen Einstimmigkeit
erreichen, kam Titulescu (Rumänien) mit einem neuen, den
französischen Wünschen Rechnung tragenden Vorschlag her-
aus. Titulescu (Rumänien) verlangte diesen Vorstoß, der
aus dem englischen Vorschlag ein zwittherhaftes Gebilde
schaffen würde, abzuwehren mit der Erklärung, die russische
Delegation sei nur bereit, ihre Stimme für den ursprüng-
lichen Vorschlag abzugeben.

Der Präsident der Allgemeinen Kommission, Hender-
son, sprach sich jedoch für die Durchberatung des neuen
Vorschlags aus. Es scheint die Absicht zu bestehen, durch
eine Ueberarbeitung des englischen Vorschlags sich die fran-
zösische Stimme zu kaufen.

Tages-Spiegel

Der amerikanische Staatssekretär Stimson hat Macdonald
und Tardieu einen Abrüstungsvorschlag seiner Regierung
vorgelegt, der als allgemeine Anregung gedacht ist.

Zwischen Reichskanzler Brüning und Ministerpräsident
Tardieu fand gestern eine erste Aussprache in Genf statt.

Der Reichskanzler wird sich am Sonntag in Hohenzollern
wo er sein Wahlrecht ausübt, mit dem Reichsinnenminis-
ter treffen, um die Reichsbannerangelegenheit zu be-
sprechen.

Der Reichsinnenminister hat neue Richtlinien für das Ver-
bot von Zeitungen den Ländern zugehen lassen.

Die Verlängerung des 125 Mill. Dollar betragenden Ueber-
brückungskredits für das Deutsche Reich bis November
1933 ist durch ein internationales Bankenkongressum un-
terzeichnet worden.

Neue deutsche Memel-Denkschrift

21. Genf, 22. April. Die deutsche Regierung hat den vier
Unterzeichnerstaaten der Memelkonvention eine ausführliche
Denkschrift überreicht, in der auf die neuen Verhältnisse
im Memelgebiet, insbesondere auf die unzureichende
Zusammensetzung der Wahlausschüsse, die Beschrän-
kung der Presse-, Rede- und Versammlungsfreiheit und auf
die neuen Einbürgerungen hingewiesen wird.

In der von Staatssekretär von Bülow unterzeichneten
Note wird besonderer Nachdruck auf den gefährlichen Cha-
rakter der Maßnahme gelegt, durch die die litauische Regie-
rung die kommenden Landtagswahlen im Memelgebiet, ins-
besondere auf dem Wege der Einbürgerung, zu beeinflussen
sucht. Die Note hebt die Notwendigkeit strengster Innehalt-
ung des Memelstatuts und der Memelkonvention durch die
litauische Regierung hervor und gibt eine eingehende Dar-
stellung der gesamten Vorkommnisse und der Lage im
Memelgebiet. In der deutschen Note wird ferner nachdrücklich
die Aufmerksamkeit der Unterzeichnerstaaten auf die Auf-
hebung der bisher geltenden einjährigen Frist für die Ein-
bürgerung im Memelgebiet gelenkt.

Der Ueberreichung der Note sind zahlreiche vertrauliche
Besprechungen des Veters der Ostabteilung, Ministerial-
direktor Meyer, mit den in Genf anwesenden Vertretern der
vier Mächte vorausgegangen. Eine Stellungnahme der vier
Unterzeichnerstaaten zur deutschen Note liegt noch nicht vor.

Englands neue Zollverordnung

21. London, 22. April. Das englische Schahamt hat auf
Empfehlung des beratenden Zollausschusses die neue Zoll-
verordnung erlassen, die insgesamt etwa 106 Warengattungen
umfaßt und am 26. April in Kraft tritt. Durch die neuen
Verordnungen werden die unter dem Dumpingabwehrgesetz
erlassenen drei Zollverordnungen außer Kraft gesetzt. Die
neue Zollverordnung sieht eine sofortige Zollhöhung für
eine große Anzahl Halb- und Fertigfabrikate vor. Dar-
nach ergibt sich ein Zolltarif in Höhe von 25 bis 30 v. H.
für Frucht- und Gemüsekonerven, Kaviar usw. und von 20 v. H.
für Fertigwaren. In gewissen Fällen beträgt der Zoll nur
10 bis 15 v. H. Bei Halb- und Fertigwaren 25 bis 30 v. H.
Für Stahl und Eisen stellt sich der neue Zoll auf 33 1/3 v. H.
Hierunter fallen Windeisen und Eisenmangan, ferne,
Eisenbarren, Zinnbleche und -Barren, alle Sorten von Stän-
gen, Winkeln usw., Schmiede- und Gußeisen, Trä-
ger, Reifen, Platten und Bleche aller Art.

Die Zollhöhung auf 20 v. H. umfaßt 16 Warengattun-
gen: Keramische Waren, Glaswaren, Möbel, Eisenwaren und
fertige Eisen- und Stahlzeugnisse wie Rohre, Stahlfedern,
Draht, Messer, Gabeln und Schüsseln, elektrische Artikel,
landwirtschaftliche Geräte, Fertigwaren, wollene Fertig-
waren, Wolldecken usw.; Schuhwaren, Chemikalien, Kerzen
und Seifen, Federwaren, Papierwaren, Fahrräder (33 1/3
Prozent), Waffen und Munition (25 Prozent), Toiletten-
gegenstände (30 Prozent), Spielwaren (25 Prozent).

Ausnahmezustand an der russisch-mandschurischen Grenze

21. Tokio, 22. April. Die japanische Presse meldet, daß
das Oberkommando der Roten Armee im Fernen Osten am
Mittwoch den Ausnahmezustand an der russisch-mandschu-
rischen Grenze verhängt habe. Besonders soll die Grenze
bei Pogranitschna bewacht werden, wo nach russischer Auf-
fassung ein Einfall von Weißgardisten droht.

Die Frage der Abrüstung

Die französische „Sicherheits“-Politik

Von Otto Seltmann-Ulm

Wie bekannt, wehrt sich Frankreich, dem Gedanken einer tatsächlichen Abrüstung näherzutreten, wie sie von den Kriegsgegnern Deutschlands u. a. auch im Versailler Diktat versprochen war, mit der Behauptung, daß der französische Staat seine Rüstungen nur zum Zwecke der „Sicherheit“ gegen Angriffe seiner Gegner aufrechterhalte. Daß es sich in erster Linie um Deutschland handelt, gegen das die Franzosen ihre „Sicherheits“-Politik richten, braucht nicht näher erläutert zu werden. Was aber Deutschland schon für die tatsächliche Sicherheit Frankreichs getan hat, kann nicht oft genug aus Anlaß der Abrüstungskonferenz der öffentlichen Meinung der Welt ins Gedächtnis gerufen werden. Es wurde in dem letzten Aufsatze über die Abrüstungsfrage schon der gewaltige Unterschied des Rüstungsstandes zwischen Deutschland und Frankreich zugunsten des letzteren in nächsteren Zahlen dargestellt.

Aber auch in politischer Beziehung hat Frankreich, abgesehen vom Versailler Diktat und der dadurch erzwungenen vollkommenen Abrüstung sowie ungeheuerlichen finanziellen Belastung, von Seiten Deutschlands das Höchstmögliche der Sicherung seiner Grenzen erfahren. Als die Periode der Bedrohungen, der Diktate und der militärischen Befehle nach dem Ruhrkampf einer ruhigeren Behandlung der Nachkriegsfragen gewichen war, gab Deutschland im Februar 1925 die Anregung zu einem Abkommen, den Frieden mit seinen Nachbarn zu sichern. Der darauffolgende Vertrag von Locarno enthielt nicht nur die freiwillige Anerkennung der deutsch-französischen und der deutsch-belgischen Grenze sowie den Verzicht auf jede gewaltsame Aenderung dieser Grenzen, sondern auch das Zugeständnis der Entmilitarisierung des linken Rheinufers. Außerdem wird die deutsch-französische Grenzführung auch noch von England und Italien garantiert, d. h. also, daß im Falle eines deutschen Angriffs auf Frankreich England und Italien den Franzosen auf Grund dieses Vertrages Hilfe leisten müßten.

Die deutsche Friedensbereitschaft ging sogar so weit, daß man auch Polen und die Tschechoslowakei in das Abkommen einschloß, indem Deutschland erklärte, auf jede gewaltsame Aenderung seiner Grenzen zu verzichten. Damit ist Deutschland auch den ausgesprochenen Bundesgenossen Frankreichs in einer Weise entgegengekommen, daß niemand seine Friedfertigkeit zu bezweifeln vermag, wenn das nicht auf böswillige Art geschieht.

Die französische „Sicherheits“-Politik ist aber damit noch keineswegs zufrieden. Sie hat immer wieder versucht, von Deutschland auch die Anerkennung der polnischen Grenze zu erlangen, und sie vertritt bis auf den heutigen Tag den Standpunkt, daß der Frieden nur auf der Grundlage der Friedensdiktate aufgebaut werden könne, d. h. also, daß der jetzige Bestand der Staaten in Europa, der mit brutaler Gewalt herbeigeführt worden ist, zuerst garantiert werden müsse. In diesem Sinne ist schon 1924 das Genfer Protokoll verfaßt worden, das dahin ging, für alle Staatenkonflikte, und zwar die rechtlichen wie die politischen ein obligatorisches Schiedsgericht einzuführen, das auf Grund des positiven Völkerrechts, d. h. also in erster Linie auf Grund der Friedensdiktate (!), zu entscheiden gehabt hätte. Weiter wurde in diesem Protokoll der Aufbau einer Völkerbundarmee gefordert, die gegen jeden Staat vorgehen sollte, der sich den Entscheidungen dieses Schiedsgerichts nicht beugen würde. Mit der Annahme dieses Protokolls hätten Frankreich und seine Trabanten von der Kleinen Entente natürlich nicht nur die dauernde politische, sondern auch die militärische Sicherung ihres Bestandes zugestanden erhalten. Gegen diese einseitige Bevorzugung einer Machtgruppe hat sich aber England gewehrt, und an dessen Widerstand ist seinerzeit das Genfer Protokoll gescheitert. Die Grundgedanken des Genfer Protokolls sind bis heute Gegenstand der Zielsetzung der französischen Politik geblieben.

Nun ist auf Grund der Locarnoverträge der Völkerbund im Herbst 1925 zur Bestellung der sog. Vorbereitenden Abrüstungskommission geschritten, die einen Weg zur allgemeinen Abrüstung bahnen sollte. In dieser Kommission hat bekanntlich Graf Bernstorff die deutsche Auffassung mit wünschenswerter Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht. Deutschland stellte sich bei den Verhandlungen dieser Kommission auf den einzig gerechten Standpunkt, daß alle Mächte gleichmäßig nach dem Schema der deutschen Abrüstung ihre Rüstungen einschränken müßten. Aber die Vertreter namentlich der Siegerstaaten haben sich auf dieses unangreifbare Argument gar nicht eingelassen. Nach deutscher Anschauung müssen bei der Abrüstung beachtet werden nicht nur das aktive Heer, sondern vor allem die Reserven. Wenn man bedenkt, daß beispielsweise Frankreich eine Friedensarmee von 572 000 Mann hat, dazu aber über 5 Millionen ausgebildeter Reserven in kurzer Zeit mobilisieren und auch infolge des Umfangs der französischen Rüstungsindustrie sofort ausrüsten kann, so bedeutet das im Vergleich zu Deutschland eine gewaltige Uebermacht.

Es ist in diesem Zusammenhange interessant, einen Vergleich der Rüstungsindustrien in Europa anzustellen. Werke zur Herstellung von Gewehren besitzt Frankreich 13, Belgien 4, die Tschechoslowakei 12 (!), Maschinengewehrfabriken bestehen in Frankreich 6, in Belgien 4, in der Tschechoslowakei 7 (!), Geschütze- und Minenwerferfabriken in Frankreich 18, in Belgien 4, in der Tschechoslowakei 7 (!), Fabriken für Gas Kampfstoffe in Frankreich 30, in Belgien 8, in der Tschechoslowakei 8, Fabriken für Kampfwagen in Frankreich 9, in Belgien 2, in der Tschechoslowakei 9 (!),

Kriegsflugindustrien in Frankreich 30, in Belgien 2, in der Tschechoslowakei 5. Zu beachten ist die gewaltige Kriegsindustrie in der Tschechoslowakei, die in erster Linie mit französischem Gelde finanziert wird. Dazu kommt noch die polnische, rumänische und südslawische Kriegsindustrie, die ebenfalls im Interesse der militärischen Vormachtstellung Frankreichs arbeiten.

Demgegenüber ist festzustellen, daß Deutschland zur Herstellung von Gewehren, Maschinengewehren, Geschützen und Minenwerfern insgesamt nur 3 Fabriken zugestanden wurden, daß es keine Gas Kampfstoffe, keine Kampfwagen, keine Kriegsflugzeuge herstellen darf.

Es ist klar, daß alle diese Rüstungsfaktoren bei der Frage einer tatsächlichen Abrüstung eine wesentliche Rolle spielen. Auf diese Vorhaltungen Deutschlands ist aber die Vorbereitende Abrüstungskommission nicht eingegangen. In dem nach Jahren fruchtloser Debatten endlich zustand gekommenen Konventionentwurf sind die wesentlichsten Faktoren jeder Rüstung, nämlich die ausgebildeten Reserven und das Kriegsmaterial außer acht gelassen worden. In dem Fragebogen an die verschiedenen Staaten werden nur die Rüstungsfaktoren angeführt, die sich auf die Friedensrüstung beziehen, wodurch natürlich die Staaten mit allgemeiner Wehrpflicht und entsprechender Kriegsmaterialaufstellung im Vorteil sind. Deutschland hat aber diesen Konventionentwurf vor allem auch deshalb abgelehnt, weil in ihm die Bestimmung enthalten ist, daß die bereits abgerüsteten Staaten die ihnen in den Friedensdiktaten auferlegte Entwaffnung noch einmal freiwillig anerkennen. Damit würde also die bisherige Rüstungsungleichheit auf unübersehbare Zeiten fortgesetzt zugunsten der noch nicht abgerüsteten Staaten.

Wenn Deutschland sich trotzdem bereit erklärt hat, an der Abrüstungskonferenz teilzunehmen, so deshalb, weil neben der Diskussion über diesen in erster Linie von den nicht-abgerüsteten Staaten getragenen Entwurf auch alle von anderen Staaten, also auch von Deutschland, gemachten Vor-

Kleine politische Nachrichten

Hilfer bestreitet nicht. Die Reichsleitung der NSDAP. gibt bekannt: Hitler denkt gar nicht daran, zu bestreiten, daß nach seiner Ueberzeugung das SA.-Verbot auf Frankreich zurückzuführen sei. Er stehe nach wie vor selbstverständlich zu den entsprechenden Äußerungen vor den ausländischen Pressevertretern. Hitler freue sich, im Verlauf des von ihm angestrebten Prozesses die Frage der Hintergründe des SA.-Verbots unter Hinzuziehung gewichtiger Zeugen aufrollen zu können.

Das neue Siedlungsprojekt soll durch eine Prämienanleihe finanziert werden. Wie das „Berliner Tageblatt“ meldet, erfordert das neue Siedlungsprogramm für das laufende Jahr außer den ordentlichen Haushaltsmitteln eine Summe von etwa 200 Mill. Mark. Dieser Betrag soll durch eine Prämienanleihe gedeckt werden, die steuerlich besondere Vergünstigungen bietet.

Massenverhaftungen von Nationalsozialisten in Mittelfranken. Am 19. April wurden unter den ehemaligen SA.-Führern in Mittelfranken Massenverhaftungen vorgenommen. Die Aktion geht vom Oberreichsanwalt aus. Die Verhaftungen erfolgten wegen unrechtmäßiger Waffenbeschaffung und unrechtmäßigem Waffenbesitz.

Schließung des Nordschlesierhauses der NSDAP. Auf Anordnung des Regierungspräsidenten in Breslau nahm die Polizei die Schließung der Unterkunit der Nationalsozialisten, des sog. Nordschlesierhauses, vor. Dabei kam es zu großen Kundgebungen, als die Nationalsozialisten, mit Garten- und Hausgeräten bewaffnet, unter Protestrufen in einer größeren Truppe durch die Stadt zogen. An verschiedenen Stellen kam es zu Zusammenstößen mit Andersegginnern.

Höllermann über das „Reichsbannermaterial“. Der Führer des Reichsbanners, Höllermann, äußerte sich vor Vertretern der Presse über das Reichsbannermaterial, das im Reichsinnenministerium zur Prüfung zugelassen worden ist. Er bezeichnete den Inhalt des Materials als belanglos. Es handele sich in der Hauptsache um Ausschnitte aus Zeitungen über Dinge, die teilweise unrichtig wiedergegeben worden seien.

Das Treueid-Gesetz im Frischen Landtag. Im Frischen Landtag brachte Ministerpräsident de Valera das angelegte Gesetz über die Abschaffung des Treueides ein. Danach sollen die Landtagsabgeordneten von der Abgebung des Treueides zur englischen Krone beim erstmaligen Zusammentritt des Landtages nach den Neuwahlen entbunden werden. Das Gesetz wurde nach kurzer Verhandlung in erster Lesung angenommen.

Kommunistenkrawalle in Philadelphia. In Philadelphia veranstalteten Kommunisten einen Marsch durch das Geschäftsviertel der Stadt, wobei es zu blutigen Zusammenstößen mit der Polizei kam. Mindestens 60 Personen wurden verletzt.

Kreuger-Schiebung in Danzig

Eine Bank, die nie eröffnet wurde

II. Danzig, 21. April. Nach den Ergebnissen der bisherigen Untersuchung in der Kreugeraffäre hat der verhaftete Direktor Solim eingeräumt, gewußt zu haben, daß die Internationale Bank und Finanzgesellschaft A.G. in Danzig, die nach der Bilanz bei der Kreuger u. Toll-Gesellschaft mit einem angeblichen Guthaben von rund 34 Millionen Gulden am 31. Dezember 1930 geführt wurde, zu diesem Zeitpunkt noch nicht bestand.

schläge gleichberechtigt vorgetragen werden dürfen. Und wir haben ja Gelegenheit gehabt, die Auffassung Deutschlands durch den Reichskanzler in Genf über den Rundfunk vorgetragen zu hören, wobei wir an dem starken Beifall beobachten konnten, daß die deutsche Auffassung nicht allein steht.

Den deutschen Vorschlägen nähern sich, wie wir in letzter Zeit durch die Meldungen aus Genf gesehen haben, die italienischen und die amerikanischen Auffassungen. Nur möchten wir hier gleich der Befürchtung Ausdruck geben, daß es sich bei beiden Staaten um ein taktisches Vorgehen handelt, einerseits zu propagandistischen Zwecken, andererseits um dadurch gegebenenfalls eigene Vorteile bei den praktischen Beratungen (vielleicht auch auf andern Gebieten) herauszuschlagen.

Italien hat vorgeschlagen, die schwere Landartillerie, alle Tanks und Panzerautos, die Großkampfschiffe, Flugzeugmutterchiffe und Unterseeboote sowie alle Bombenflugzeuge und lenkbaren Militärluftschiffe abzuschaffen. Ferner soll nach diesem Vorschlage der Gas Krieg sowie die Kriegsführung mit lebenserlösenden Bakterien verboten werden. Von amerikanischer Seite wurde ein Verbot der schweren beweglichen Landgeschütze, der Tanks und der Giftgase gefordert. Die öffentliche Meinung Amerikas läßt auch durchblicken, daß man ohne Abschaffung der schweren Angriffswaffen mit einem Entgegenkommen Amerikas in der Kriegsschuldenfrage nicht rechnen dürfe, was übrigens in erster Linie wieder Deutschland treffen würde.

Auch nach den neuesten Nachrichten aus Genf geht hervor, daß Frankreich weiterhin an dem Standpunkt festhält, daß bei allen Abmachungen der Grundsatz der „nationalen Sicherheit“ und der „internationalen Verpflichtungen“, d. h. der Aufrechterhaltung der Friedensdiktate, beachtet werden müsse. Was Frankreich unter „nationaler Sicherheit“ versteht, wissen wir allmählich zur Genüge. Und wenn es jetzt auch noch auf den ebt gallischen Erld verfällt, die Luftschiffahrt zu „internationalisieren“, um so auch die deutschen Flugzeuge und vor allem die Zeppelin unter Kontrolle zu bekommen, so sehen wir daraus, daß es den Franzosen überhaupt nicht um eine Abrüstung zu tun ist, sondern lediglich darum, die eigene militärische Machtstellung mit allen Mitteln aufrechtzuerhalten.

Die Delunion erfährt dazu: Die Danziger Gesellschaft ist erst im April 1931 errichtet worden. Die Bank hat jedoch ihren Geschäftsgang überhaupt nicht eröffnet. Sie sollte angeblich eine Holding-Gesellschaft für die osteuropäischen Interessen des Kreuger-Konzerns sein. Das nach dem Danziger Gesetz zur Gründung erforderliche Viertel des Nominalbetrages zur Sicherstellung der Gründungskosten, Gebühren usw. ist damals mit 250 000 Gulden bar eingezahlt worden. Die im Handelsregister aufgeführten Danziger Persönlichkeiten haben mit der Fälschung nichts zu tun, da die Bank über den Zustand der Gründung nicht hinausgekommen ist. Wenn mit einer Bilanz und einem Guthaben von rund 34 Millionen Gulden gearbeitet worden ist, bevor die Bank überhaupt gegründet war, so sind das Handlungen, die lediglich in der Kreuger-Zentrale vor sich gegangen sind.

Politische Kurzmeldungen

Unter dem Vorsitz des Reichsarbeitsministers fand eine Besprechung sämtlicher an der Durchführung der landwirtschaftlichen Siedlung beteiligten Reichsminister statt. Die gesetzgeberischen Maßnahmen zur Förderung dieses Wertes sind in Vorbereitung. Sofort nach Rückkehr des Kanzlers sollen sie im Kabinett verabschiedet werden. In Baden wurde auf Anordnung des Kultusministeriums der der NSDAP. angehörende, in Freistadt bei Rehl beamtete Hauptlehrer und Kreisrat Gärtner seines Amtes enthoben und auf halbes Gehalt gesetzt. Die Maßnahme erfolgte wegen Äußerungen Gärtners als Versammlungsführer der NSDAP. — Nach Mitteilungen des Badischen Industrie- und Handelstages ist die starke badische Exportindustrie durch die Autarkiebestrebungen des Auslandes vollkommen lahmgelegt. Der Wiener Fürst-Erzbischof Kardinal Dr. Piffl ist im 68. Lebensjahr gestorben. — Die Finanzen des Petroleumkonzerns Deterding (England) stehen sehr bedenklich. In eingeweihten Kreisen befürchtet man eine zweite Kreuger-Tragödie. — Die mandchurische Regierung Puff hat General Ma von dem Amt des Kriegsministers enthoben. Ma hat seinen Aufschub, Mitglied des gesetzgebenden Rates zu sein. — Hohe Beamte des Washingtoner Staatsdepartements hoffen, daß der amerikanisch-französische Zollkonflikt auf gutem Wege beigelegt wird. Verhandlungen zwischen beiden Ländern sind bereits eingeleitet.

Die Hochwasserkatastrophe an der Save

II. Bukarest, 21. April. Die Ueberschwemmungen an der Save scheinen ihr höchstes Ausmaß erreicht zu haben. In dem unabsehbaren Ueberschwemmungsgebiet vollzieht sich nun ein fiesles, aber furchtbares Drama. Die Häuser stürzen nach und nach ein und verschwinden in den Fluten. Wie die „Pravda“ berichtet, sind besonders vom Orte Naischa nur noch wenige Ueberreste zu sehen. Man befürchtet, daß bis heute früh auch die letzten Häuser zusammengebrochen sein werden, so daß aus der uferlosen Wasserfläche kein Zeichen mehr an das Vorhandensein dieses Ortes erinnert. Die Behörden stehen der Not der Bevölkerung fast hilflos gegenüber, da es an Geldmitteln mangelt. Man schätzt den Materialschaden im Ueberschwemmungsgebiet bereits auf 1 Milliarde Dinar.

Wie der Sonderberichterstatter der „Pravda“ berichtet, ist die Save erneut gefroren, so daß keine Aussicht auf ein baldiges Abfließen des Hochwassers besteht. Im Mittellauf des Flusses stehen 5987 Häuser unter Wasser.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft

Börse
 Stuttgart, 21. April. Obwohl sich das Geschäft in sehr engen Grenzen hielt, war die Stimmung doch freundlicher und es gab teilweise auch Kurserhöhungen.

R.G. Berliner Produktenbörse vom 21. April

Weizen märk. 201-203; Roggen märk. 198-200; Ruffenroggen 195; Braugerste 190-195; Futter- und Industrieergerste 180-190; Hafer märk. 160-165; Weizenmehl 31,75 bis 35,50; Roggenmehl 26,25-27,75; Weizenkleie 11,60-11,85; Roggenkleie 10,25-10,50; Viktoriaerbsen 18-24; fl. Speiseerbsen 21-24; Futtererbsen 15-17; Lupinen, blaue 10 bis 11,75; dto. gelbe 14-15,20; Serabella, neue 30-36; Leinfachsen 11; Erdnußfuchen 12,40; Erdnußfuchennmehl 12,20 bis 12,40, Trockenschnitzel 9,40; Speisefartoffeln, weiße 1,60-1,70; dto. rote 1,70-1,90; Odenwälder, blaue 2,30-2,40; andere, gelbfl. 2,40-2,60; Fabrikartoffeln in Pfg. 8,50-9. Allgemeine Tendenz: schwankend.

Stuttgarter Schlachtviehmarkt.

Dem Donnerstagmarkt am Städt. Vieh- und Schlachthof wurden zugeführt: 4 Ochsen (unverkauft 2), 1 Bulle, 48 (30) Jungbullen, 27 (8) Kühe, 43 (1) Rinder, 277 Kälber, 395 (15) Schweine.

Preise für 1 Pfund Lebendgewicht:

	21. 4.	19. 4.		21. 4.	19. 4.
Ochsen:			Kühe:		
ausgemästet	—	28-33	fleischig	—	12-15
vollfleischig	—	24-27	gering genährte	—	9-11
fleischig	—	21-23	Kälber:		
Bullen:			feinste Mast- und beste Saugkälber	46-48	46-48
ausgemästet	24-25	24-25	mittl. Mast- und gute Saugkälber	40-44	40-44
vollfleischig	22-23	22-23	geringe Kälber	36-39	36-39
fleischig	19-21	19-21	Schweine:		
Saugrinder:			über 300 Pfd.	40	41
ausgemästet	34-35	34-36	240-300 Pfd.	39-40	40-41
vollfleischig	26-31	26-31	200-240 Pfd.	38-39	38-40
fleischig	22-24	22-24	160-200 Pfd.	36-38	37-38
gering genährte	—	—	120-160 Pfd.	35-36	35-36
Kühe:			unter 120 Pfd.	—	—
ausgemästet	—	22-25	Sauen	28-33	28-34
vollfleischig	—	17-20			

Marktverlauf: Großvieh schleppend, Ueberhand; Kälber belebt; Schweine langsam.

Die örtlichen Kleinhandelspreise dürfen selbstverständlich nicht an den Börsen- und Großhandelspreisen gemessen werden, da für jene noch die toa. wirtschaftlichen Verkehrrkosten in Zuschlag kommen. Die Schriftlitzg.

Wandobstbau

Im Gegensatz zum Oberland, zur Schweiz und Tirol trifft man in unseren Landorten noch wenig Spalierbäume an Hauswänden, obgleich Platz genug vorhanden ist und die fasten Wandflächen nach einer Bedeckung rufen. Häuser mit Wandobstbau gewähren einen sehr freundlichen Anblick und bringen dem Besitzer nicht bloß Freude, sondern auch eine Belohnung der Arbeit. Der Wandobstbau beansprucht keine großen räumlichen Verhältnisse, der Grund und Boden kann klein sein. Dagegen muß die Bodenbeschaffenheit gut sein. Rings um ein Haus oder Scheune befindet sich gewöhnlich noch Bauquitt. Dieser muß entfernt und durch guten Boden ersetzt werden, zumal die Wurzeln des Wandobstbaums sich nur nach einer Seite hin entwickeln können. Dies ist auch der Grund, daß der Düngung weit mehr Beachtung geschenkt werden muß als dem Obstbau im freien Grund und Boden. Die Düngung hat sich dem Boden und der Obstart anzupassen. Junge Bäume dürfen nicht mit Jauche gedüngt werden, sondern mit Stallmist, Kainit, Phosphorsäure und Kalk. Der Bewässerung ist ebenfalls große Aufmerksamkeit zu schenken. Vielfach erhält der Baum am Haus kein Regenwasser, es muß also mit Wasser nachgeholfen werden. Das Wasser muß aber tief in den Boden eindringen können. Zur Anpflanzung eignen sich am besten die Birnforten, Kesself werden an den Wänden gern von den Blattläusen befallen. Die beste Wand zur Bepflanzung ist die Südwand, doch können auch die andern Hausseiten, sofern genügend Licht und Luft vorhanden ist, mit tauglichen Obstforten (Kerna- und Steinobst) bepflanzt werden. An den Wänden sind einfache Gatten oder Drähte anzubringen. Bei der Wahl der Formen und Sorten lasse man sich von einem erfahrenen Obstbaufachmann beraten. Der Wandobstbau wird bei uns viel zu wenig geschätzt, es ist ihm aber weiteste Verbreitung zu wünschen.

Elly Beinhorn will über Südamerika zurückkehren

Die Weltfliegerin Elly Beinhorn hat die Absicht, sich mit ihrem Klemm-Argus-Flugzeug von Sidney in einem Dampfer nach Valparaiso einzuschiffen, um von dort einen Flug durch Südamerika zu unternehmen. Elly Beinhorn will bei diesem Fluge u. a. die Städte Santiago, Buenos Aires, Montevideo, Blumenau und Rio de Janeiro besuchen, um den dortigen Deutschen Grüße aus der Heimat zu überbringen.

Kirchliche Nachrichten

Evangelische Gottesdienste

Samstag, 23. April
 8 Uhr Wochenschlußfeier in der Kirche.
Sonntag Cantate 24. April
 Turmlied: 27. O daß ich tausend Zungen hätte!
 8 Uhr Christenlehre in der Kirche, Töchter, 2. Bezirk, Hermann.
 9.30 Uhr Hauptgottesdienst, Noos. Anfangslied: 26. Du meine Seele singe!
 10.45 Uhr Kindergottesdienst im Vereinshaus. Hermann.
Sonntag, 24. April, 11 Uhr: Geistliche Morgenmufft in der Kirche.
Mittwoch, 27. April
 8 Uhr Männerabend im Vereinshaus.
Donnerstag, 28. April
 8 Uhr Bibelstunde im Vereinshaus, Hermann, Die Kirche das Werk des hl. Geistes, Apostelg. 2.
Katholischer Gottesdienst
Sonntag, 24. April
 8 Uhr Frühmesse mit Homilie.
 9.30 Uhr Predigt und Amt.
 13.30 Uhr Andacht.
Montag 8 Uhr Gottesdienst in Bad Liebenzell.
Verlagsmesse: Dienstag und Freitag 6.15 Uhr, Donnerstag 7.15 Uhr, Mittwoch und Samstag 7 Uhr im Kinderheim.

Sammeln Sie die Gutscheine von:

SUNLICHT SEIFE Doppelstück 27 Pf. Würfel..... 23 Pf.

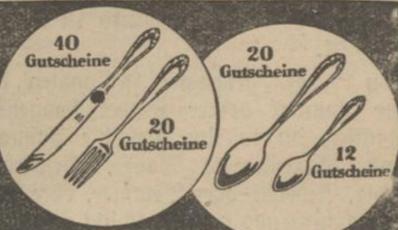
LUX SEIFENFLOCKEN Doppelpaket 45 Pf. Normalpaket 27 Pf.

VIM Die Putzfrau in der Dose Doppeldose 35 Pf. Normaldose 20 Pf.

SUMA Das moderne Waschmittel Originalpaket..... 36 Pf.

Atlantis die neue Toilette Seife zu 25 Pf.

Gediegene Alpaka-Bestecke mit apartem Perlrandmuster



SUNLICHT GESELLSCHAFT A.G. MANNHEIM-BERLIN

Amtl. Bekanntmachungen

Württ. Amtsgericht Calw.

Das Konkursverfahren über das Vermögen des Jakob Koch jung, maschineller Betrieb einer Strickerlei für Wollwaren in Altbürg ist durch Beschluß vom 21. 4. 1932 nach Abhaltung des Schlußtermins gem. § 204 R.D. eingestellt worden.

Calw.

Pferchverkauf

findet bis auf Weiteres wieder jeden Montag, vormittags 8 Uhr, statt.
 Den 21. April 1932.

Stadtpflege.



Schwarzwaldverein Calw.

Die am 24. April fällige Wanderung nach Oberkollbach wird besonderer Umstände halber auf Sonntag, den 1. Mai verschoben.

Täglich schönen frischen Spinat und Monatrettiche empfiehlt billigst Philipp Mast.

Zwangsversteigerung.

Es werden öffentlich meistbietend gegen bar versteigert **Samstag, 23. 4., 10 Uhr in Calw:**
 1 Flurgarderobe, 1 Schreibtisch eichen, ferner 1 Hobelbank, ferner 1 Schreibtisch eichen, 6 Stühle, 1 Auszugstisch, 1 Büfett, tannen, 1 Sofa, gebraucht, 1 Blumenständer, ferner 1 Büfett, eichen, 1 Rauchstischchen, 1 Grammophon mit Tischchen und 15 Platten, 1 Nähmaschine „Singer“ ferner 1 Chaiselongue fast neu, ferner 1 Lieferwagen „Tempo“ fast neu. Zusammenkunft unter dem Rathaus.

Ger.-Vollz.-Stelle.
 Ein junger kräftiger **Laufburische** für sofort gesucht.
 Von wem, sagt die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Staatsbürger! Steuerzahler!

Vor der Wahl ist eine doppelt ernste Prüfung der Parteien nötig, denen Ihr auf 4 Jahre Euer Vertrauen schenken wollt. Prüft, was zu Eurem Nutzen der **sparsame, unbestechlich gerechte, jeder Phrase abholde deutsch-nationale**

Finanzminister Dr. Dehlinger

für Euch in treuer Pflichterfüllung getan hat. Keinem Einzelnen zuliebe, keinem Einzelnen zu Leide, aber dem **Gesamtwohl zum Nutzen**, so wirkte er bisher, so muß er auch weiter wirken können.

damit Württembergs Wirtschaft nicht auch untergehe

Wollt Ihr das Wohl des ganzen Volkes und damit Euer Wohl, so dankt ihm mit dem Stimmzettel

Nr. **6**

Deutschnationale Volkspartei (Württembergische Bürgerpartei)

W. vermieten sofort in unserem Hintergebäude in der Kronengasse eine

4-Zimmer-Wohnung

Spar- u. Vorschußbank Calw, eingetr. Genossenschaft, m. be. chr. Haftpf.

Zu kaufen gesucht einen 10 Ztr. schweren

Zuchtschaf

mit Abstammungsnachweis. Angebote m. Preisangaben an **Merke zur „Sonne“** Rotensol b. Herrrenalb.

Abenarius-Carbolineum

Carl Serva Fernsprecher 120

Evang. Kirchengesangverein Calw.

Sonntag, 24. April 1932, vormittags 11 Uhr in der evang. Stadtkirche

Morgenmusik

Ausführende:

Frau Hilde Schmid, Calw, Sopran
 Fräulein Marlies Köhler, Heidelberg, Violine
 Hermann Mall, Calw, Orgel.

Werke von Meistern des 17. u. 18. Jahrhunderts
 Eintritt frei; Opfer freundlichst erbeten.

Biefelsberg—Oberhaugstett

Zu unserer am Sonntag, den 24. April 1932, 12 Uhr mittags, in Biefelsberg stattfindenden

kirchlichen Trauung

erlauben wir uns, Verwandte, Freunde und Bekannte freundlichst einzuladen

Adam Fuchs, Biefelsberg

Marie Schucker, Oberhaugstett

Wahl-

Drucksachen aller Art liefert rasch die Druckerei dies. Blattes

„Wir bekämpfen jedes weitere Eindringen des Reiches in unsere württembergische Eigenstaatlichkeit.“

„Wir treten ein für Erhaltung der uns gebliebenen, bewährten Freiheiten.“

Durch seine verantwortungsbewußte Regierung hat es Württemberg so weit gebracht, daß es heute als Ordnungszelle innerhalb des Reiches gilt. Das soll so bleiben!

„Wer gleicher Auffassung ist der wähle **Liste 7** Deutsche Volkspartei und Volkskonservative Vereinigung.“

Liste 7

Mitbürger!

Liegt dir das Wohl Deiner Kirche am Herzen?
Willst Du die deutsche Kultur erhalten?
Wie steht es mit dem deutschen Schrifttum und
der deutschen Kunst?

Sindest Du, daß die offen und geheim regierenden Parteien:
Zentrum, Volkspartei, Wirtschaftspartei, Christl. Volksdienst,
Demokratie und Sozialdemokratie unsere Kulturgüter auf allen
diesen Gebieten **verteidigt**
und **gefördert** haben? **Nein!**

Darum wähle die christlich und kulturell zuverlässige **Liste 6**
Deutschnationale Volkspartei - Bürgerpartei

Zur Landtagswahl!

Der Bauernbund

hat seit seiner parlamentarischen Tätigkeit bewiesen, daß er für das gesamte Volk nützliche Arbeit leistet.

Seit den letzten 8 Jahren, in welchen es demselben möglich war, die Regierung stark zu beeinflussen. Ist in Württemberg nicht mehr Ordnung, ist nicht der Beamte seines Gehaltes sicherer und die Arbeitslosigkeit kleiner als sonstwo im deutschen Vaterlande. Zu durchgreifenden volkswirtschaftlichen Reformen sind der Landesregierung die Hände gebunden, dieselben sind Reichsangelegenheiten.

Wer will, daß Ordnung und Sparsamkeit bestehen bleibt, wer keine Katastrophe wünscht, wähle Bauernbund in Land und Stadt.

Du von Sorgen gebeugter Hausvater, du um die Zukunft deiner Kinder bangende Hausmutter, du in eine graue Zukunft schauende Jugend, ob Bauer, Gewerbetreibender, Arbeiter oder Beamter, eure Belange sind nirgends besser geschützt als beim Bauernbund. Am Wahltag heißt es, sein Recht in Anspruch zu nehmen, aber es ist nicht nur Recht, sondern Pflicht.

Wer nicht wählt, begünstigt den Untergang.

Wählt alle Liste **3**

Die Bezirksleitung
des Bauernbundes

Empfehle besonders:

1a saftigen **Emmentaler**, 100 gr. 25 ¢
Deutscher Doppelrahm 60-70% Fettgeh.
Stück nur 25 ¢
Süsmilch-Camembert, 3 Stück 25 ¢
Taler-Brie am Stück, 1/4 Pfd. nur 32 ¢
große Auswahl in **Schachtelkäse**
1/2 von 38 ¢ an
"Wettertanne"-Butter stets frisch
1/2 Pfd. 80 ¢
frische **Trinkeier** St. 8 ¢



Käse-Baur Lederstraße 22
Allgäuer Käse-Spezialgeschäft

Wer mit dem Volksdienst unbeirrt durch Lob und Tadel den Weg klarer sachlicher Haltung, evangelischer Ueberzeugung und verantwortungsbewußter Staatsgefinnung gehen will

Wer mit uns daran mitarbeiten will, alle guten Kräfte unseres Volkes zum Einsatz im öffentlichen Leben zu bringen

Wer mit uns wünscht, daß christlich-reformatorische Staatsauffassung im deutschen Vaterlande zum Durchbruch kommt, der trete in unsere Reihen und wähle

Liste 8

des **Christlich-sozialen**
Volksdienstes ⊗

Sr. Hennesarh

Lager fertiger
Matrassen und
Polstermöbel

Es lohnt sich, wenn Sie einen Besuch machen und sich von meinen zeitgemäßen Preisen überzeugen. Auswahl in **Chaiselonguedecken** an Lager (zirka 20 Stück von 7,50 an). Diese Woche biete ich speziell in Chaiselongues große Auswahl. **Wand- und Bodenläufer** das Meter von 27 Pfg. an. **Bodenwachs** von 50 ¢ an. **Tapetenlager** Resttapeten billig.

Große leicht-
beschädigte
Eier

gibt ab solange Vorrat
10 Stück zu **55 Pfg.**
Hermann Schnürle
Bäckerei und Eierwaren-
geschäft

Für heutiges Geschäft wird auf 15. Mai oder 1. Juni intelligenter junger Mann mit guter Schulbildung - Sohn achtbarer Eltern - als

kaufm. Lehrling

gesucht.
Ausführliche Angeb. unter **H. B. 91** an die Geschäftsstelle ds. Bl. erbeten.

Wählt Liste 4

Bodenständige schwäbische Demokratie
gegen Sowjetern- und Hakenkreuz-Radikalismus,
gegen roten und braunen Sozialismus,
für die Erhaltung und Kräftigung des Mittelstandes
in Handel, Gewerbe, Industrie und Landwirtschaft,
für ein zufriedeneinkommendes Berufsbeamtentum
u. für eine auskömmlich entlohnte Arbeitnehmerschaft
Deutsche Demokratische Partei

Stammheim

Sonntag, den 24. April 1932, findet
im Gasthaus z. „Waldhorn“
Tanzunterhaltung

statt. Es laden freundlich ein
Tanz- u. Streichkapelle Stammheim
der Besitzer: **Friedrich Wohlgemuth.**

Klingel- und Haustelefon-Anlagen

Trocken- und Naßelemente - Taschenlampen
sowie Batterien und Birnen - Gasanzünder
Elektro-Ziegler Calw Fernsprecher 211

Deutsche Demokratische Partei

Ortsgruppe Calw

Herr Weingand aus Stuttgart

Geschäftsführer d. Württ. Notariatsvereins
spricht

heute Freitag, d. 22. ds. Mts.,

abends 8 Uhr

im Badischen Hof in Calw

über das Thema:

„Um Württembergs Volk
und Wirtschaft“

Zu dieser Versammlung wird jedermann freundlich
eingeladen. **Der Ausschuss.**

Es war in Staatsdingen allzeit verderblich, den
Mittelweg einzuschlagen, wodurch man weder
Freunde erwirbt, noch Feinde beseitigt.

„Wo es um Sein oder Nichtsein der Heimat
geht, darf nicht gefragt werden, ob gerecht oder
ungerecht, mitleidsvoll oder grausam, lobens-
würdig oder schmachbedeckt, sondern alle Rücksich-
ten müssen samt und sonders zurücktreten
vor dem Entschluß, dem Vaterlande das Leben
zu retten und die Freiheit zu erhalten!“

Machiavelli (Discorti III)

Unterhausstett

Am Sonntag, den 24. April 1932, findet
im Gasthaus zum „Hirsch“

Tanz-Unterhaltung
statt.



Für die

Landtagswahl ⊗

am Sonntag, 24. April, bestimmte größere Anzeigen,
die in der Samstags-Nummer unseres Blattes er-
scheinen sollen, wolle man heute nachmittag
aufgeben.

Wählt Liste 1! Wählt Sozialdemokraten!

Seit acht Jahren ist die Sozialdemokratie von der Landesregierung ausgeschaltet. Sie ist nicht verantwortlich für die zahlreichen Fehler und Ungerechtigkeiten, die auf landespolitischem Gebiet zu verzeichnen sind.

Die Behandlung der Arbeiterschaft als Stiefkinder des Staates, die übermäßige Belastung von Kleinhandwerk und Kleingewerbe durch die Gewerbesteuer, die mit erhöhten Sätzen erhobene Gebäudeversicherungssteuer, die steuerliche Schonung der Großindustrie, die großen Geschenke an das Haus Württemberg, die Verschleuderung von Staatseigentum, die Vernachlässigung der Interessen der Kleinlandwirtschaft, die ungleiche Behandlung der Volksschulen und der Hochschulen, die Begünstigung des Rechtsradikalismus durch Polizei und Gerichte - das alles sind Werke der Regierung Holz-Bazille-Dehlinger-Maier.

Wählt darum Liste 1! Wählt Sozialdemokraten!

Kann nicht alle Not und Pein der Gegenwart von der Landesregierung beseitigt werden, so sind doch auf vielen Gebieten Milderungen möglich. Hier haben die Parteien versagt, die jetzt an der Regierung waren.

Von den Kommunisten, den Nazis und ihren deutschnationalen Gönnern ist keine Besserung, sondern nur der Raub der Volksrechte und die innen- und außenpolitische Katastrophe zu erwarten.

Darum nieder mit ihnen! Laßt den Landtag nicht in eine Kabaubude umwandeln! Seid euch des Ernstes eurer Aufgabe bewußt u. wählt Sozialdemokraten.

Statt unerfüllbarer Versprechungen gibt die Sozialdemokratie die Versicherung, daß sie alle Kräfte einsetzen wird für steuerliche Gerechtigkeit, für wirtschaftliche Gesundung, für Sicherung der Existenz aller Volksgenossen in Stadt und Land, für eine friedliche Entwicklung der inneren und äußeren Politik Deutschlands.